

Positionspapiere zur Strukturdebatte des Hochschulgruppennetzwerks

1. Für einen handlungsfähigen Hochschulverband der Linken
Von Mankel Brinkmann, Klaus Henning, Ruben Lehnert, Kolja Möller, Fanny Zeise
2. Zum linken Hochschulgruppennetzwerk
Von der RHG Chemnitz
3. E-Mail
Von Gregor Mohlberg
4. Stellungnahme zur Diskussion um die Strukturen eines gemeinsamen Jugendverbandes und die Einbindung der Hochschulgruppen von Linkspartei und WASG
Von der Linke. Hochschulgruppe Hannover

Weitere Papiere werden voraussichtlich folgen ...

Stand: 1. September 2006

Berlin, Köln, Frankfurt, den 1. Juli 2006

Für einen handlungsfähigen Hochschulverband der Linken

Von Mankel Brinkmann, Klaus Henning, Ruben Lehnert, Kolja Möller, Fanny Zeise

Vorbemerkung

Vom Umbau der Hochschulen...

Der neoliberale Umbau der Hochschulen schreitet voran. Es gelang nicht, die Errungenschaften der Bildungsreformen der 50er (Ostdeutschland) und 70er Jahre (Westdeutschland) zu verteidigen und die damals erfolgte bescheidene soziale Öffnung der Hochschulen auszubauen. Eine Demokratisierung der Hochschule war schon in den 70er Jahren in ihren Anfängen erstickt worden.

Die marktradikale Unterwerfung von Lernenden und Lehrenden in ihrer großen Mehrheit heute geht einher mit dem Abbau von bescheidenen Mitbestimmungsrechten, mit der dramatischen Verschlechterung der Studienbedingungen und mit der Verschärfung der sozialen Auslese unter anderem durch die Einführung von Studiengebühren, weitgehende Absenkung der Bafögempfängerzahlen und die geplante Senkung der Kindergeldanspruchsgrenze von 27 auf 25 Jahre.

Die Interessen der Wirtschaft halten per Drittmittelforschung und Elitehochschulen Einzug in Forschung und Lehre und verhindern kritische Wissenschaft.

Gleichzeitig verschlechtern sich die Perspektiven für große Mehrheit der Studierenden. Sie gehören schon lange nicht mehr per se zur Elite der Gesellschaft. Erwerbslosigkeit macht auch vor AkademikerInnen nicht halt. Für viele Studierende sind die Lebens- und Berufsperspektiven durch zunehmende Prekarisierung geprägt.

Der marktzentrierte Umbau der Gesellschaft betrifft Studierende innerhalb und außerhalb der Hochschulen und zeigt die Notwendigkeit grundsätzlicher politischer Debatten und linker Forderungen. Anstöße hierzu gingen in den vergangenen Jahren unter anderem von der globalisierungskritischen Bewegung und der Friedensbewegung aus. Jüngst machte der erfolgreiche Protest gegen die Aufhebung des Kündigungsschutzes für junge Beschäftigte in Frankreich deutlich, wie offensichtlich die gemeinsame Betroffenheit von Studierenden als angehende WissensarbeiterInnen und ArbeitnehmerInnen ist.

Diese Beispiele machen den Widersinn einer konstruierten Trennung von hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Mandat deutlich, mit der den Verfassten Studierendenschaften seit Jahrzehnten die politische Meinungsäußerung untersagt werden soll. Linke Politik an der Hochschule muss zwangsläufig den Zusammenhang zwischen

Universität und Gesellschaft thematisieren und sich – neben der Hochschul- und Wissenschaftspolitik – mit den alten und neuen politischen Fragen von Krieg und Frieden, Wirtschaft und Verteilung, Demokratie und Freiheit beschäftigen.

Gleichzeitig bleibt es sinnvoll, dort Politik zu machen, wo wir leben und arbeiten. Für Studierende heißt das, auch die Universität als politischen Ort zu nutzen und die dortigen drängenden Probleme und Themen aufzugreifen.

...zur Verschlechterung der Rahmenbedingungen für linke Politik

Die Defensive der Linken bei den wichtigen hochschulpolitischen Themen geht mit einer Schwäche linker Strukturen an den Hochschulen einher. Immer mehr Ästen werden von Konservativen und Liberalen gestellt, während linke Hochschulgruppen ihre Mehrheiten verlieren. An vielen Universitäten sind linke Gruppen zersplittert und uneins. Eine durchsetzungsfähige linke Interessensvertretungspolitik gelingt nur punktuell.

Lokale linke Hochschulgruppen können oftmals die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllen. Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit am Campus, Beteiligung an Protesten, Mitarbeit in den Universitätsgremien – viele Hochschulgruppen sind damit personell und politisch überfordert.

Die Situation der Studierenden ist durch die Modularisierung und Verschulung der Studiengänge, den Druck des Arbeitsmarktes, die unzureichende Höhe des BAföG und durch die Notwendigkeit von Nebenjobs geprägt. Dadurch werden Freiräume für politische Aktivitäten der Studierenden knapper. Durch die Einführung der BA/MA Studiengänge und den zunehmenden Druck auf die Studienzeiten verschärft sich zudem ein spezifische Problem von Hochschulgruppen: Studierende sind nur noch einen sehr begrenzten Zeitraum an der Uni. Hinzu kommt, dass kritische und politische Reflexion innerhalb der Lehre auf Grund der Umstrukturierung der Studiengänge und dem Wegfall linker Professorinnen und Professoren der 68er Generation immer weniger Raum einnimmt. Insgesamt wird durch diese Entwicklungen eine schlagkräftige und kontinuierliche politische Arbeit an der Hochschule erschwert.

Diese gewandelte Situation von Studierenden in Hochschule und Gesellschaft stellt die gegenwärtigen linken Strukturen vor Probleme. Auf der einen Seite haben die Parteihochschulgruppen von GRÜNEN und SPD angesichts des gesellschaftlichen Umbaus, der maßgeblich durch ihre Mutterparteien angeführt wurde, jede Fähigkeit verloren, grundsätzliche Proteste der Studierenden zu tragen. Zugleich führt die Verengung von Freiräumen an den Hochschulen dazu, dass die breite linke Subkultur weg bricht, auf die sich lokale linke und eher informell organisierte Gruppen und Initiativen an der Hochschule stützen konnten.

Auf der anderen Seite hatten in den letzten Jahren viele junge Menschen Anteil an der globalisierungskritischen Bewegung, der Friedensbewegung und - in geringerem Maße - an den Sozialprotesten und den dortigen über den Kapitalismus hinausweisenden Debatten. Obwohl viele von ihnen studieren, ging von den Bewegungen kein erfolgreicher Impuls zur organisierten Verankerung dieser Debatten und ihre daraus folgenden politischen Praxis an den Universitäten aus.

Ähnliches gilt für die zum Teil erheblichen Studierendenproteste und Streiks der vergangenen Jahre. Auch hier führte die Zögerlichkeit, sich formale und dauerhafte

Strukturen zu geben dazu, dass politische Arbeit und Organisation jenseits der wiederkehrenden Protestwellen nicht an den Hochschulen verankert wurde.

Hinzu kommt, dass, auf Grund der föderalen Struktur im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, die einzelnen Bestandteile der hochschulpolitischen Gegenreform ungleichzeitig durchgedrückt werden. Die Studierendenproteste verharrten daher meist vollständig auf der Ebene der Bundesländer und konnten nicht zu einer machtvollen bundesweiten Bewegung, die sich gegen die grundsätzlichen Weichenstellungen wendet, ausgeweitet werden.

Diese fehlende kontinuierliche, bundesweite Handlungsfähigkeit, ist auch durch den Mangel einer bundesweiten Organisation linker Studierendenstrukturen zu erklären.

1. Bundesweiter, handlungsfähiger, linker Hochschulverband

Aus den obigen Überlegungen ergibt sich aus unserer Sicht die Notwendigkeit eines bundesweiten, handlungsfähigen linken Hochschulverbandes.

Ein bundesweiter Hochschulverband ermöglicht es, sich bundesweit auf grundsätzliche linke Positionen zu verständigen und die derzeitige regionale Zersplitterung zu überwinden. Mit einem klaren politischen Profil können wir unseren Forderungen Gehör in bundesweiten Debatten verschaffen.

Gleichzeitig muss der Hochschulverband bundesweit handlungsfähig sein und über ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen verfügen. Gerade angesichts der skizzierten Lebenssituation der Studierenden ist es notwendig, die lokalen Gruppen wechselseitig durch einen starken Hochschulverband mit beispielsweise Bildungsveranstaltungen, Flugblättern und Kampagnen zu stützen. Zugleich legt diese Situation Individualmitgliedschaften nahe, um den Aufbau von lokalen Hochschulgruppen zu erleichtern.

Auf der anderen Seite müssen die Hochschulgruppen auf lokaler Ebene handlungsfähig sein und Entscheidungen über Bündnisse an der Hochschule, Kandidaturen zu StuPa-Wahlen oder die Arbeit in Hochschulgremien und ähnliches eigenständig treffen.

Die Öffnung des Hochschulverbandes gegenüber DoktorandInnen und möglicherweise den Lehrbeauftragten und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen des Mittelbaus scheint dabei sinnvoll. DoktorandInnen, MitarbeiterInnen und Lehrbeauftragte würden die politische Arbeit der Hochschulgruppen durch ihre wissenschaftliche Tätigkeit zusätzlich befruchten. Da ihre Verweildauer an den Universitäten diejenige der Studierenden oftmals übersteigt, tragen sie zur Kontinuität der Arbeit bei. Vor allem aber sind sie von den hochschulpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in ähnlicher Weise betroffen wie die Studierenden.

2. Ein bundesweiter Hochschulverband der Partei

Wir beziehen uns positiv auf die neu zu gründende Partei der Linken, weil sie für einen gesellschaftlichen Aufbruch steht. Zum einen ist sie Ausdruck gesellschaftlicher Bewegungen, etwa der Erwerbslosenproteste und sozialen und gewerkschaftlichen Engagements. Zum anderen hat sie schon heute Ausstrahlungskraft auf emanzipatorische soziale und politische

Bewegungen. Damit schafft sie die Voraussetzung geschaffen, eine zentrale Rolle in den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzunehmen.

Wir fordern von der Partei der Linken nicht nur, dass sie unsere politischen Anliegen vertritt. Wir fordern auch, dass sie Teil der Bewegung gegen den neoliberalen Hochschulumbau ist und an der Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte der Studierenden, der jungen Erwerbstätigen und der Lehrenden im Mittelbau auf allen Ebenen aktiv teilnimmt.

Aus diesem Grund wollen wir uns selbst, mit unseren Diskussionen, Positionen und unserer Pluralität in die Partei einbringen und diese dort verankern. Dabei ist für uns eine Beschränkung auf die Hochschule ausgeschlossen. Wir wollen aktiv an den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, dem neuen Parteiprojekt und damit am Aufbau einer gesellschaftlichen Linken teilnehmen.

Konkret bietet ein Hochschulverband der Partei der Linken die Möglichkeit, Einfluss auf die Ziele und den Weg der Partei zu nehmen. Dazu muss der Hochschulverband Mitspracherechte in den Gremien der Partei haben. Darunter fallen Antragsrechte, Delegiertenmandate und die Kooptierung in Landes- und Bundesvorstände.

Auf der anderen Seite soll der Hochschulverband unabhängig von der Mutterpartei eigene Positionen formulieren und öffentlich vertreten. Dazu sind eigene Verbandsstrukturen notwendig, die die Unabhängigkeit von der Mutterpartei sichern. Dies betrifft die Sicherstellung eines eigenen Etats ebenso wie regelmäßige Delegiertenkonferenzen. Diese sollten über Ziele und Wege des Hochschulverbandes, aber auch über die Zusammensetzung des Vorstandes und der Geschäftsführung befinden.

Gleichzeitig wollen wir einen offenen Hochschulverband der auch Nicht-Parteimitglieder aufnimmt. Eine gesellschaftliche Linke kann nur gemeinsam mit linken und möglicherweise gegenüber Parteien skeptischen Menschen aufgebaut werden

Aus der Anbindung an die entstehende Linkspartei erwächst die Möglichkeit, deren schon bestehenden politischen Einfluss auf einen nicht zu unterschätzenden Teil der Studierenden und Lehrenden organisatorisch zu bündeln und als bundesweite Kraft einzubringen. Gemeinsam zu entwickelnde politisch-programmatische Grundaussagen, ein gemeinsames Logo und gemeinsamen Aktivitäten erhöhen die Ausstrahlungskraft der lokalen Hochschulgruppen und stärken ihre Durchsetzungsfähigkeit.

Zudem verfügt die Partei über organisatorische und finanzielle Mittel, von denen der Hochschulverband profitieren und die eine Kontinuität politischer Arbeit gewährleisten könnte. Die Sicherung der finanziellen Mittel sollte darüber hinaus über eigene Mitgliedsbeiträge und durch die öffentlich finanzielle Förderung angestrebt werden.

3. Chancen für die Linke

Universitäten und Hochschulen bleiben ein wichtiger Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Die Zeit des akademischen Elfenbeinturms ist vorbei. Die Zuspitzung der materiellen Verteilungskämpfe in der Gesellschaft überträgt sich, möglicherweise in verschärfter Form, auf die Universitäten und Hochschulen. Die Linke darf dabei nicht im Abseits stehen. Studierende können schon heute, das zeigen die Erfahrungen in Frankreich, einen wichtigen Beitrag für die Entfaltung breiterer Bewegungen gegen neoliberale Politik und dem Abbau sozialer und demokratischer Rechte spielen.

Im Kampf um die Hegemonie der Ideen und Werte nehmen Hochschulen und Universitäten eine herausragende Stellung ein. Studierende und Dozierende bilden ob ihrer gesellschaftlichen Stellung eine wichtige Meinungsträgerschaft. Die Verbindung der Studierendenschaft zur kritischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern fördert die politische Bildung und Schulung von Aktivistinnen und Aktivisten und beeinflusst das Denken von Menschen, die noch nicht wissen, dass sie links sind.

Die Chancen der Linken an den Hochschulen und Universitäten sind groß. Unter den 4,1 Millionen Wählerinnen und Wählern, die am 18. September der Linken ihre Stimme gaben, waren über 100.000 Studierende. Sie stehen dem Projekt einer neuen Linken aufgeschlossen gegenüber. Das zeigen auch die Erfahrungen der Speakers' Tour. Viele von ihnen sympathisieren mit über den Kapitalismus hinausweisende Ideen.

4. Jugendorganisation und Hochschulverband

Das zukünftige Verhältnis zwischen Jugend- und Hochschulstrukturen der neuen Partei ist noch offen. Klar scheint, dass es notwendig sein wird, statutarisch die verschiedenen Tätigkeitsfelder und Zielgruppen festzulegen, um schädliche Konkurrenz zwischen beiden Organisationsformen zu verhindern.

Für Fragen, Anmerkungen, Ergänzungen und Kritik sind wir dankbar. Gleichfalls stehen wir für Diskussionen jederzeit gerne zu Verfügung.

Mankel Brinkmann, mankelito@t-online.de, 01634813944

Klaus Henning, hennkl@aol.com, 01748529873

Ruben Lehnert, ruben.lehnert@gmx.de, 017629649375

Kolja Möller, walmoe@t-online.de, 01778938282

Fanny Zeise, fannyzeise@gmx.de, 01606691924

RHG
p. A. Rothaus e.V.
Lohstraße 2
09111 Chemnitz



Rote Hochschulgruppe Chemnitz

Zum linken Hochschulgruppennetzwerk

Warum dieser Brief?

Chemnitz, 24. Juli 2006

Die Rote Hochschulgruppe erfuhr von dem Papier „Für einen handlungsfähigen Hochschulverband der Linken“ von Mankel Brinkmann, Klaus Henning, Ruben Lehnert, Kolja Möller und Fanny Zeise in dem es um die Gründung eines linken Hochschulverbandes geht. Das Anliegen verwundert, denn es existiert bereits das bei der BAG Wissenschafts- und Hochschulpolitik in der Linkspartei angesiedelte Linke.Hochschulgruppennetzwerk, welches die umrissenen Aufgaben schon wahrnimmt bzw. wahrnehmen sollte.

Unser Brief dient im konstruktiven Sinne der Kritik an dessen Arbeitsweise, denn trotz vorhandener Defizite sehen wir eine bestehende Struktur, welche entwicklungsfähig ist und genutzt werden sollte, statt eine neue, parallele zu schaffen. Wenn es nicht gelingt, die angesprochenen Probleme zu lösen, wird unseres Erachtens auch ein Hochschulgruppenverband scheitern. Das Netzwerk selbst finden wir gerade wegen seines offenen Charakters vorteilhaft.

Die Rote Hochschulgruppe Chemnitz ist seit Anfang 2006 Mitglied des Hochschulgruppen-Netzwerkes. In der Sorge, daß unsere Ideen und Vorschläge vielleicht durch Mißverständnisse nicht gehört wurden, haben wir uns entschlossen unsere Kritik in einem Diskussionspapier zusammenzufassen und gleichzeitig Lösungsansätze vorzustellen.

Wir bitten Euch darum, dies als Basis und Anregung für eine gemeinsame Diskussion zu sehen, damit aus dem Netzwerk die bestmögliche Grundlage für eine erfolgreiche politische Arbeit wird.

Mit lieben Grüßen,

Rote Hochschulgruppe Chemnitz.

Verteiler:

- Linke.Hochschulgruppennetzwerk
- Parteivorstand der Linkspartei.PDS
- Bundesvorstand der WASG
- Mankel Brinkmann
- Klaus Henning
- Ruben Lehnert
- Kolja Möller
- Fanny Zeise
- Hochschul- bzw. wissenschaftspolitische SprecherInnen der Landtagsfraktionen:
 - Andreas Bluhm (Mecklenburg-Vorpommern)
 - Susanne Hennig (Thüringen)
 - Hendrik Lange (Sachsen-Anhalt)
 - Peer Jürgens (Brandenburg)
 - Benjamin-Immanuel Hoff (Berlin)
 - Heike Werner (Sachsen)

Zum linken Hochschulgruppennetzwerk

Als wir, die Rote Hochschulgruppe Chemnitz, von der Idee der Vernetzung aller linken Hochschulgruppen im Bundesgebiet erfuhren, standen wir diesem sehr positiv gegenüber. Wir erhofften uns eine produktive Zusammenarbeit der Hochschulgruppen. Nach unseren Vorstellungen hätte dieses auf gegenseitigem Austausch von Ideen zur Hochschularbeit, gegenseitiger Unterstützung beim Aufbau neuer Hochschulgruppen und vermehrt gemeinsame Aktionen basiert, um linke Ideen und linke Politik an den Universitäten zu etablieren.

Schon nach den ersten Sitzungen mussten wir feststellen, dass die Arbeit des Netzwerks nicht darauf ausgelegt ist festzustellen, welche ideellen und praktischen Gemeinsamkeiten die Hochschulgruppen haben und wie sich daraus eine konstruktive Zusammenarbeit ergeben könnte.

Stattdessen schien es uns mehr um Postenerwerb in Universitätsgremien als um die Diskussion linker politischer Themen an der Universität zu gehen, was wir als den Sinn unserer Existenz ansehen.

Gremienarbeit schafft nicht automatisch linke Hochschulpolitik und linkes Bewusstsein bei den Studierenden, genauso wenig wie die Etablierung einer linken Partei an der Universität zu linker Politik führen muss. Selbst wenn es so wäre: Das andersgeartete Gremiensystem in den neuen Bundesländern würde diesem Vorhaben entgegenstehen. Es ist uns wichtig, dass linke Politik sich nicht nur in Gremienarbeit erschöpft, sondern auch durch Aktionen und Veranstaltungen inhaltlich in studentische Kreise getragen wird.

Es erscheint in diesem Zusammenhang wünschenswert, dass das Netzwerk sich über die Aufgaben und Schwerpunkte hochschulpolitischer Arbeit verständigt. Das beinhaltet auch die Frage, inwieweit Parteistrukturen an der Universität die Offenheit für andere junge Linke gefährdet. Selbst Gruppen mit organisatorischer Ferne zu jeglichen Parteistrukturen wie die unsere, hat bereits Probleme ungebundene linke Kräfte an der Hochschule anzusprechen. In diese, unserer Meinung nach falsche, Richtung scheint sich auch die vorschnelle Diskussion

über einen Partei-Hochschulverband zu bewegen.

Der Gründung eines solchen Verbandes sollte die Etablierung aktiver Hochschulgruppen vorausgehen. Deshalb ist es uns wichtig, dass das Hochschulgruppennetzwerk sich verstärkt darum bemüht, in der Entwicklung befindlichen Hochschulgruppen, die noch kein eigenes ausreichendes Aktionspotential besitzen können, helfend unter die Arme zu greifen. Denn ohne eine an der Hochschule funktionierende Basis ist das Netzwerk nur eine leere Hülle.

Vielleicht sind diese Kritikpunkte aber auch schon nicht mehr aktuell, da es schwer fällt Kenntnis zu erhalten, was sich in diesem Netzwerk wirklich abspielt. Die im Januar eingerichtete Mailingliste führt nicht zu gesteigertem Informationsaustausch. Als Beispiel dafür ist die viel zu kurzfristige Information über das Treffen der G8-Vorbereitungsgruppe des Hochschulkongresses (2 Tage vorher) zu nennen. So war es uns nicht möglich daran teilzunehmen.

Für ein funktionierendes Hochschulgruppennetzwerk wären deshalb folgende Punkte unseres Erachtens nach zu verbessern:

1. Das Hochschulgruppennetzwerk muss sich über seine Funktion bewusst werden: Vorrangig Etablierung linker Parteistrukturen oder von linkem Bewusstsein an der Universität?
2. Die Offenheit der im Netzwerk mitarbeitenden Hochschulgruppen muss ausgebaut werden. Diese Offenheit muss intensiv nach außen kommuniziert werden.
3. Das Hochschulgruppennetzwerk muss es als seine Aufgabe begreifen, sich neu bildende Hochschulgruppen mit inhaltlichen und organisatorischen Anregungen zu unterstützen.

4. Der Informationsaustausch zwischen den bereits existierenden linken Hochschulgruppen muss verstärkt werden. Informationen über Veranstaltungen, Erfolge und Misserfolge usw. müssen allen Gruppen zugänglich gemacht werden. Hier haben auch wir bisher Defizite und werden uns in Zukunft verstärkt einbringen.

5. Um die Fragen über die zukünftige Arbeit und Arbeitsweise des Netzwerkes ausdiskutieren und besprechen zu können, schlagen wir ein netzwerkinternes Treffen aller Hochschulgruppen vor, welches möglichst noch vor dem öffentlichen Hochschulkongress im Januar 2007 stattfinden sollte. Die Diskussion dieses Themas erscheint uns im Rahmen eines regulären Netzwerktreffens aufgrund zeitlicher Begrenzungen nicht möglich.

E-mail vom 20. Juli 2006 von Gregor Mohlberg (Baden-Württemberg):

Liebe gugs,

ich möchte euch bitte die frage des hochschulnetzwerkes auf ggf stattfindenden treffen anzusprechen und breit zu diskutieren - nicht so sehr und dem aspekt "wer-wahrt-wieviel-einfluss-bei-welchem-netzwerk-und-welcher-struktur", sondern eher unter dem aspekt wie kann mensch mehr leute für linke hochschulpolitik, linke bildungsthemen, solide und linke jugendarbeit begeistern...

wichtig wären mir dabei:

- trennung der hochschularbeit, des hochschulnetzwerkes von der bag wissenschaftspolitik >>> mehr flexibilität, mehr eigenständigkeit, konzentration der an der konkreten hsg-arbeit interessierten usw - m.e. durchaus mit dem kurz- bis mittelfristigen ziel eine eigenständige struktur der partei zu gründen...

- erarbeitung einer bundesweiten grundposition der linken hsg-en (plattform) >>> gem. aussendarstellung, gem. diskussionsgrundlage

- uni-massenzeitung zum neuen semester!!!!!! >>> thematische breite, 4-seiten, zwei-farbig, kontakt-adressen zu landes- und ort-hsg-en, erste kontakt zur linken an der uni, möglichkeit des aktions- und aktivitätseinstiegs, mittel für bereits aktive hsg-en usw...finanzierung: länder, fraktion, bundes-parteien, jugendverband solid, jugend-projekt-fond...

- gem. aufkleber-flyer: vorne bild und spruch/slogan, hinten die linken hsg-en treten ein für: 10 punkte...

- ggf. aktionsfond: zentral verwaltet, möglichkeit von finanziausschüssen in höhen von 100-200 euro an linke hsg-projekte vor ort >>> aktivierung von örtlichen initiativen

grundsätzlich bin ich der meinung, dass wir uns nicht zu sehr mit den fragen der strukturellen organisation aufhalten sollten, sondern erstmal mit 2-3 sachen in die pötte kommen sollen, die zum teil gut laufenden projekte in manchen regionen unterfüttern sollten und andere mit diesen initiativen reaktivieren sollten...anhand von solchen projekten klärt sich oft recht schnell, dass a mit b eigentlich ganz gut kann und wie man was am besten auf die beine stellt...

würde mich über die ein oder andere rückmeldung freuen...
gregor



DIE LINKE.Hochschulgruppe Hannover
Mark Schäfer
c/o Kreisverband der Linkspartei.PDS Hannover
Struckmeyerstr. 9
30451 Hannover
info@pds-hsg-hannover.de

Stellungnahme zur Diskussion um die Strukturen eines gemeinsamen Jugendverbandes und die Einbindung der Hochschulgruppen von Linkspartei und WASG

Immer wieder wird in Papieren und Diskussionen in den Raum gestellt, dass die „Neue Linke“ einen starken Jugendverband und einen eigenständigen Hochschulverband braucht. Warum das in der Natur der Sache liegt, bleibt dabei unbeantwortet.

Wir brauchen aus vielen Gründen einen starken Jugendverband. Es gilt, sich gegen Parallelstrukturen einzusetzen, denn durch diese wird zur Zeit vieles unvernetzt und unter Umständen doppelt geleistet. Zudem können jugendpolitische Themen am effektivsten in einem Jugendverband besetzt werden. Ausschlaggebend ist, dass alle Beteiligten die Bereitschaft zeigen, diesen Schritt gemeinsam zu gehen und ein ehrliches Interesse daran zeigen. Das beinhaltet sowohl die bestehenden Strukturen als auch die Partei insgesamt.

Im Weiteren möchten wir die Diskussion in Gänze betrachten und den entstehenden Jugendverband nicht abgekoppelt von den Hochschulstrukturen sehen. Diese davon losgelöst zu sehen würde bedeuten, einen großen Teil von politisch aktiven Jugendlichen nicht in die Betrachtung mit einzubeziehen. Auf diesem direkten Weg einen eigenständigen Hochschulverband ins Leben zu rufen schließt verankerte Strukturen auf Hochschulebene von vorn herein aus. Hier möchten wir den Blick auf den fzs (Freier Zusammenschluss von Studierendenschaften) lenken.

Bis auf ein paar Ausnahmen müssen wir in diesem Zusammenhang sachlich und ehrlich mit uns umgehen. Mitglieder der Linkspartei

und der WASG haben hier nie ernsthaft den gemeinsamen Versuch unternommen, ihre Positionen in den bundesweiten Dachverband einfließen zu lassen oder Diskussionen zu beeinflussen. Die Jusos beispielsweise haben diesen Verband für sich zu nutzen gewusst. In einigen Bundesländern hat das dazu geführt, dass sie den Verband personell und thematisch dominieren. Das ist für uns der strategische Ansatzpunkt, den wir anstreben sollten, um uns überhaupt Gehör zu verschaffen. Wir dürfen nicht aus den Augen lassen, dass dem fzs und dem ihm angegliederten ABS (Aktionsbündnis gegen Studiengebühren) in bildungspolitisch relevanten Organisationen (GEW, KMK, HRK) keine unwichtigen Rollen zufallen, wenn es um Anhörungen oder Positionen geht. Natürlich sind sie oft nicht in unserem Sinne gefärbt, wenn wir den Einfluss auf den fzs einzelnen Genossinnen und Genossen überlassen, die in der Verfassten Studierendenschaft versuchen, eine eindeutige linke Positionierung an ihrer Hochschule bürgerlichen und konservativen KommilitonInnen gegenüber zu vertreten. Hier müssen wir aus der Einzelkämpferposition herausfinden und uns organisiert in die Diskussionen einbringen. Wir müssen die Diskussionen in unserem Sinne beeinflussen, statt einen eigenen Hochschulverband ins Leben zu rufen. Was macht es für einen Sinn, wenn wir nicht verstehen, uns in bestehende Strukturen einzubringen und als Erkenntnisgewinn daraus versuchen uns Parallelstrukturen aufzubauen? Bisher ist auch noch niemand auf die Idee gekommen eine parteieigene Gewerkschaft zu

gründen, da die hiesigen Gewerkschaften sich immer noch der Sozialdemokratie verpflichtet fühlen. Dort sind erste Türen geöffnet. Nun sind wir als Partei gefragt, glaubwürdige Ideen und Meinungen in sie hinein zu tragen.

Das oftmals genannte Argument, dass sich der fzs ausschließlich um hochschulrelevante Themen kümmern, kann an dieser Stelle widerlegt werden. Den Kampf um das allgemeinpolitische Mandat hat der fzs sich als einen zentralen Punkt auf seine Fahnen geschrieben. In der Vergangenheit hat es bereits hitzige Debatten darüber gegeben, warum der fzs Wahlbeobachter nach Weissrußland entsenden muss, denn das sei zu allgemeinpolitisch. Für uns sind diese thematischen Debatten selbstverständlich. Sie werden dadurch untergraben, wenn ein solcher Verband maßgeblich der Beeinflussung derer unterliegt, die zwar vom politischen Mandat reden, aber immer die bestehende Gesetzeslage vor Augen haben. Gleichstellungs- und Migrationsfragen sind ebenso auf der Tagesordnung des fzs - im Hochschulgruppennetzwerk hingegen gehen diese unter, da wir über Strukturfragen fast nie hinaus kommen. Unser Problem liegt nicht in den fehlenden Strukturen, sondern in den fehlenden Ansätzen, sich politisch und inhaltlich mit bestimmten Fragen auseinander zu setzen. Genug des Lobgesanges auf den fzs. Wer den Verband kennt, weiß, dass auch er schwer mit strukturellen Unzulänglichkeiten zu kämpfen hat, die bei uns nicht ausgeschlossen sein mögen. Trotzdem sollten wir nicht den zweiten Schritt vor dem ersten machen und glauben, dass uns eine feste Struktur in Form eines Hochschulverbandes in unseren Zielen weiterbringt als kontinuierliche thematische Zusammenarbeit.

Einbindung des HSG-Netzwerks in zukünftige Jugendstrukturen

Aus genannten Gründen halten wir es nicht für zielführend, Jugendstrukturen von Hochschulstrukturen zu trennen. Auch hier können wir den Blick auf Bestehendes lenken. Wie schon erwähnt ist es den Jusos in den letzten Jahren gelungen, eigene Positionen im Hochschulbereich zu entwickeln und sie wahrnehmbar in die Öffentlichkeit zu tragen, auch ohne einen eigenständigen Hochschulverband. Sie sind ein Teil des

bestehenden Jugendverbandes innerhalb einer Partei und sind deshalb nicht still, wenn es um Gesellschaftsanalyse oder Kritik innerhalb des Verbandes oder gar der „Mutterpartei“ geht.

Auch sind die Erwartungen in der Zusammenarbeit unter den vielen hochschulpolitisch Aktiven sehr unterschiedlich. Manche sehen in einem Netzwerk einen Ideengeber, in dem sich darüber ausgetauscht werden kann, wie politische Einflussnahme an anderen Hochschulstandorten funktioniert. Gleichzeitig dient ein Netzwerk der Hilfestellung, da Hochschulpolitik meistens nur auf die Dauer des eigenen Studiums beschränkt ist und folglich immer um neue Hochschulaktive geworben werden muss, um die Arbeit vor Ort kontinuierlich zugestalten. Ein Hochschulverband ersetzt niemals die aktive Arbeit vor Ort und kann folglich nicht dafür sorgen, neue Aktive zu gewinnen.

Andere Studierende sehen in dem Netzwerk eine Beschränkung auf rein hochschulpolitische Themen, was andere gleichzeitig von ihm erwarten. Dieser Widerspruch ließe sich dadurch auflösen, sich allgemein in einem Jugendverband zu engagieren, um nicht auf rein hochschulpolitische Themen ausgerichtet zu sein. Beides muss sich dennoch nicht ausschließen, wenn der Jugendverband es erlaubt, thematische Freiräume zu lassen. Das muss auch anderen Gruppen zugestanden werden.

Nach unserem Verständnis muss ein Jugendverband es leisten, thematische Untergliederungen zuzulassen. Wo sollen sich beispielsweise Auszubildende, Arbeitslose oder Jugendliche mit Migrationshintergrund einbringen? Studierende sind häufig auch MigrantInnen, haben eine Ausbildung oder Arbeitslosigkeit hinter sich. Ihre Probleme und Lebenserfahrungen sind durch den Studierendenstatus häufig nicht weit entfernt von denen anderer Jugendlicher.

Nicht Jede und Jeder hat gleichermaßen Interesse an den gleichen Themen. Wie in einer gesamten Partei, die den Ansprüchen und Fähigkeiten möglichst vieler Mitgliedern entsprechen muss, um vielfältige Themenfelder zu besetzen, gilt das analog für einen Jugendverband.

Sich im Vorfeld auf einen eigenen Hochschulverband einzustellen würde bedeuten, andere Gruppierungen auszuschließen und eine Parallelstruktur zu schaffen. Dabei ist es umso wichtiger, Personen gleichen Alters

nicht voneinander abzugrenzen, sondern in die gemeinsame Diskussion mit ihnen zu gehen. Die Probleme und Interessen von Jugendlichen ähneln sich bei näherer Betrachtung sehr. Diese gilt es gemeinsam zu erörtern, um gemeinsame Lösungen zu finden. Das Eintreten einer gesellschaftlichen Gruppierung sieht häufig nach Besitzstandswahrung oder Eigeninteressenvertretung aus und widerspricht unseren Forderungen nach Öffnung für möglichst viele vom gesellschaftlichen Umbau Betroffener.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der eingeleitete Prozess zur Gründung eines neuen Jugendverbandes der Linkspartei von den Hochschulgruppen mitgetragen wird, dass ein pluraler, aber nicht zersplitterter Jugendverband den HSGen Spielräume ermöglicht, damit endlich politisch gearbeitet werden kann und eine vernünftige Zusammenarbeit weiterentwickelt und ausgebaut wird. Aus den oben dargestellten Gründen ist es nicht konstruktiv, eine Debatte über die Gründung eines eigenen Hochschulverbandes zu führen.